

# Offene Worte

Online Nr. 42

Zeitung der LINKEN für den Barnim 16. August 2020, 30. Jahrg.

## Sicherheit auf allen (Schul-)Wegen

LINKE Werneuchen: Akzeptanz für Geschwindigkeitsbegrenzung

Eine Geschwindigkeitsreduzierung strebt DIE LINKE in Werneuchen an, und zwar auf der Weesower Chaussee zwischen Bahnübergang und dem Beginn des Radweges. Bisher sind hier 50 Kilometer/Stunde erlaubt, 30 waren das Ziel. Es gibt eine Bushaltestelle, die von Schulkindern genutzt wird und kurz vor Ortsausgang beschleunigen bereits viele Autofahrer\*innen. Auch Anwohner\*innen, Eltern von „Bus-Kindern“, wollen eine Lösung.

Bereits im letzten Jahr richtete die Stadt Werneuchen auf Antrag der LINKEN ein entsprechendes Gesuch an den Landesbetrieb Straßenwesen mit Sitz in Eberswalde. Dieser lehnte den Antrag ab. In der Begründung heißt es unter anderem: „Die Anordnung zur Aufstellung einer Geschwindigkeitsreduzierung würde an dieser Stelle, auch aufgrund weniger Busfahrgäste zu häufiger Missachtung der Regelung aufgrund mangelnder Akzeptanz führen.“ Eine öffentliche

Gefahrenlage sei nicht zu erkennen und auch die polizeiliche Unfallstatistik biete keinen Grund für die Geschwindigkeitsreduzierung.

Die einzige Möglichkeit, die die Stadt nun selbst hat, ist die Aufstellung eines sogenannten Dialogdisplays, also einer Anzeigetafel, die die Autofahrer\*innen über ihre aktuelle Fahrgeschwindigkeit informiert. Die Aufstellung solcher Tafeln nimmt zu, mit denen Städte und Gemeinden an die Autofahrer appellieren, die Höchstgeschwindigkeit einzuhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung Werneuchen stimmte am 22. Juli dem Antrag der LINKEN zu. Nun ist die Stadtverwaltung beauftragt, die Aufstellung eines Dialogdisplays zu initiieren und zudem einen Kostenplan für eine ergänzende Fahrbahnverschwenkung oder Verkehrsinsel im Ortseingangsbereich vorzulegen.

**Alexander Horn**  
Stadtfraktion der LINKEN  
Werneuchen



JAN KORTE

## Spitzentreffen mangelhaft!

Kultusminister\*innen aus 7 Bundesländern trafen sich am 13. August mit Kanzlerin Merkel. Ziel des Gesprächs: Schnellstmögliche Ausstattung der Schulen mit schnellem Internet, bezahlbarer Internetzugang für alle Schüler\*innen zu Hause und Ausstattung der bundesweit 800.000 Lehrkräfte mit Dienstlaptops, das alles für insgesamt 500 Millionen Euro. Für Jan Korte, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, fehlen jedoch entscheidende Vorhaben: »Die Schulen haben mit einem Investitionsstau von 44 Milliarden Euro zu kämpfen, es gibt einen verheerenden Mangel an Lehrpersonal, massive Überbelegungen und ersatzlose Unterrichtsausfälle. Hinzu kommt die Herausforderung, unter diesen Umständen Unterricht in einer Pandemie-Lage zu leisten [...]. Es ist Zeit, das Kooperationsverbot vollständig aufzuheben und damit flächendeckend gute Bildung zu gewährleisten, unabhängig vom Standort und der Finanzkraft der Länder.« Das Kooperationsverbot in der Bundesrepublik bedeutet, dass die Bundesländer die Hoheit über ihr Bildungssystem haben. Durch die Corona-Maßnahmen wurde dies bereits mehrfach aufgehoben. (pm)

## Potsdam, wir haben ein Problem: Region Ostbrandenburg als Ganzes betrachten!

DIE LINKE am 14. August: Ja, zum Tesla-Werk, aber Risiken für Mensch und Natur verringern

„Tesla landet wie ein Raumschiff in der Region – und die Landesregierung zieht den Kopf ein.“ Das ist das Fazit von Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag, nach den Gesprächen mit der Beigeordneten des Landkreises Oder-Spree, dem Wasserverband Strausberg-Erkner, dem Bürgermeister von Erkner, dem Leiter der Regionalen Planungsstelle sowie örtlichen Gemeindevertretern und Kreistagsabgeordneten am 14. August.

Der US-Autohersteller Tesla plant in Grünheide den Bau eines großen Werkes, in dem ab 2021 jährlich 500.000 Autos produziert werden sollen. Den Bau treibt Tesla auf eigenes Risiko bereits voran, obwohl noch nicht alle Genehmigungen vorliegen. Pro Schicht sollen in diesem Werk 3.000 bis 3.500 Beschäftigte arbeiten, insgesamt könnten bis zu 10.500 Arbeitsplätze entstehen.

„Alle, mit denen wir gesprochen haben, beklagen einmütig die spärliche und widersprüchliche Informationspolitik von Tesla sowie Ignoranz und Ratlosigkeit der Landesregierung gegenüber Bedürfnissen, Fragen und Sorgen vor Ort.“ betont Sebastian Walter.

Dabei gibt es aus Sicht der LINKEN viele Fragen:

▷ Wie kann die An- und Abreise der Tesla-Beschäftigten kurzfristig organisiert werden, bevor langfristige Maßnahmen für neue

Straßen, Brücken und Schienen fertiggestellt werden?

▷ Wie kann der enorme Mehrverkehr in der gesamten Region Berlin/Ostbrandenburg sozial und ökologisch verträglich geplant werden?

▷ Wie kann kurzfristig Lärmschutz für die Anlieger von Bahntassen und Straßen umgesetzt werden?

▷ Wie sieht eine transparente Dialogstrategie der Landesregierung mit Institutionen und Bevölkerung vor Ort aus, die nicht nur reagiert?

▷ Wie sorgt die Landesregierung dafür, dass die Kosten für sämtliche Anpassungsmaßnah-

men nicht an den Kommunen hängen bleibt?

▷ Wie soll die Versorgung mit (bezahlbarem) Wohnraum gemeinsam von Land und Kommunen organisiert werden?

▷ Wie soll die Wasserversorgung in der Region über das Jahr 2022 hinaus gesichert werden?

Dazu Sebastian Walter: „Im Kern geht es darum, den Blick zu weiten. Die Landesregierung schaut bisher nur auf das unmittelbare Umfeld des Tesla-Geländes. Doch wir und die Akteure vor Ort fordern dringend, größer zu denken und die gesamte Region Berlin/Ostbrandenburg zu betrachten!“ (al)

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW am  
19. August